

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Januar 2024

Kreistag

Der erste Ausschuss, der im neuen Jahr getagt hat, ist der Ausschuss für Bildung, Schule und Kultur.

Gymnasium Tutzing

Der aktuelle Stand der Sanierung des Tutzinger Gymnasiums wurde vorgestellt. Vor allem das undichte Dach der Turnhalle stellt eine Herausforderung dar. Um die Nutzung weiterhin sicherzustellen, aber gleichzeitig auch keine Maßnahmen zu vollziehen, die bei der anstehenden Generalsanierung noch einmal gemacht werden müssten, stellt ein Architekturbüro in Abstimmung mit der Schulleitung ein Dachsanierungskonzept auf. Beim Südbau der Schule wurde das Flachdach abgedichtet und eine Absturzsicherung erstellt. Die technischen Anlagen des Südbaus sind funktionsfähig. Die Fluchtwege sind fertiggestellt. Auf der Seeseite des Südbaus soll zum Sommer eine Sonnenschutzfolie angebracht werden, um die Hitzeentwicklung in den Räumen zu dämmen. Die defekten Fenster und Türen sind gerichtet. Die Unterhaltsmaßnahmen für das Gymnasium belaufen sich auf 250 bis 350 Tausend Euro jährlich, zuzüglich hat der Landkreis rund 1 Mio. Euro in die Interims-Digitalisierung investiert. Die Planungsleistungen für die Generalsanierung sind ausgeschrieben, ein Architektenbüro ist beauftragt, das die Generalsanierung plant und umsetzt, Bei diesen Planungen werden Schulleitung, Schüler und Eltern einbezogen.

Kulturförderung

Förderungen für kulturelle Veranstaltungen erhalten: Starnberger Kultursommer und Starnberger Musiktage je 5.000 Euro, Freundeskreis Museum Starnberg 3.500 Euro, Gautinger Kulturspektakel 2.500 Euro, Gautinger Theaterforum 20.000 Euro und das Fünf-Seen-Filmfestival 25.000 Euro zzgl. 5.000 Euro für den Fünf-Seen-Filmpreis.

Gauting

Haushaltsberatungen mit dem Rotstift

Bereits viermal tagte der Haupt- und Finanzausschuss, um über den kommunalen Haushalt 2024 zu beraten. Angesichts enormer Steigerungen bei Personal- und Kinderbetreuungskosten sowie einer erneut angehobenen Kreisumlage stellt sich die Aufstellung einer genehmigungsfähigen Haushaltssatzung diesmal schwieriger denn je dar. So ergibt sich - trotz vieler Reduktionen und Streichungen - auch nach der vierten Haushaltsausschusssitzung noch immer ein Defizit von rund einer halben Million Euro im Verwaltungshaushalt sowie ca. 1,7 Millionen Euro im Vermögenshaushalt. Da die finanzschwache Gemeinde Gauting mit diesem Zahlenwerk nicht in der Lage wäre, die langfristige finanzielle Leistungsfähigkeit sicherzustellen, scheidet auch Kreditaufnahmen mangels Genehmigungsfähigkeit durch die Rechtsaufsicht aus. Weiterhin können Vorschläge zur Steigerung der Einnahmenseite bedingt durch den damit einhergehenden Verwaltungsaufwand kurzfristig ebenso wenig umgesetzt werden. Insofern bleibt die Reduktion freiwilliger Leistungen mit dem Rotstift sowie das weitere Aufschieben nicht zwingend notwendiger Investitionen derzeit die einzige Option, um eine genehmigungsfähige Haushaltssatzung auf

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



den Weg zu bringen. Vor diesem Hintergrund erscheint es wichtiger denn je, bei den geplanten gewerblichen Entwicklungen im Gemeindegebiet zeitnahe Fortschritte zu verzeichnen. Denn nur durch Erhöhung der kommunalen Gewerbesteuererinnahmen wird es möglich sein, die Gautinger Finanzen auch langfristig auf ein tragfähiges Fundament zu stellen.

Herrsching

FDP lehnt Haushalt ab

Herrsching steht noch immer unter den Eindrücken der Auswirkungen von Sturmtief Zoltan an den Weihnachtsfeiertagen sowie den massiven Wasserschäden im Kinderhaus Fendlbach. Letzteres wird den im Dezember verabschiedeten Haushalt unserer Gemeinde glücklicherweise nicht weiter belasten, da eine Versicherung eingesprungen ist. Dennoch hat die FDP-Fraktion bereits im Dezember den Haushalt aus triftigem Grund nicht durchgewunken. Die Gemeinde Herrsching plant seit geraumer Zeit auf einer Freifläche am Mitterweg neben der katholischen Kirche bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Aktuell beläuft sich die Kostenschätzung dafür auf 7,7 Mio. Euro. Der erfahrene Architekt unserer Fraktion mahnte aber in der letzten Sitzung erneut an, dass es dabei wahrscheinlich nicht bleiben wird. Wir sprechen von 26 Ein- bis Dreizimmerwohnungen für Personen, die sich aufgrund Ihres Haushaltseinkommens am freien Markt keinen adäquaten Wohnraum leisten können. Bei geschätzten Mietpreisen von 13-15 €/m² ist es aber auch kein reines Sozialprojekt. Verlockend klingt das Projekt für die anderen Fraktionen hauptsächlich deswegen, weil seitens der Verwaltung nach Rücksprache mit der Regierung von Oberbayern bis zu 35% der Baukosten über Fördermittel der KommWFP finanziert werden. Lediglich der FDP scheint es aufzustoßen, dass es sich dabei auch um Steuergelder handelt. Trotz avisierter Förderung macht das Projekt eine Schuldenneuaufnahme in Millionenhöhe unumgänglich. Wir erinnern an die Zeit vor der Kommunalwahl, als die Pro-Kopf-Verschuldung in unserer Gemeinde bei unter 300 € lag. In Zeiten, wo von allen Seiten - auch der kommunalen Aufsicht im Landratsamt - aktiv Haushaltsdisziplin eingefordert wird, hat unsere Fraktion beantragt, die weiteren Schritte spätestens nach Planungsphase 4 einzufrieren, um weitere freiwillige und unplanbare Leistungen nicht über Jahre drastisch reduzieren zu müssen und gegebenenfalls auf dem „Filetgrundstück“ in der Ortsmitte in Zukunft doch noch andere Vorhaben zu realisieren, die der Allgemeinheit und nicht einigen wenigen zu Gute kommen. Wir sind überzeugt davon, dass sich Siedlungsdruck und Gentrifizierung ohnehin durch diese Maßnahme nicht aufhalten oder abmildern lassen. Des Weiteren besteht die Hoffnung, dass vielleicht doch noch ein günstigeres Grundstück gefunden werden kann, das sich durch Reformen wie Gebäudetyp E (ein Vorschlag der Bayer. Architektenkammer) auch bald günstiger bebauen lässt.

Standort Christkindlmarkt

Außerdem wurde länger über den diesjährigen Standort des Christkindlmarktes diskutiert. Im letzten Jahr musste dieser kurzfristig vor dem Herrschinger Rathaus stattfinden, da der Ausweichplatz (der traditionelle Platz vor der Evang. Kirche war wegen Sanierungen nicht verfügbar) an der Seepromenade durch Hochwasser und Schlechtwettererter nicht zur Verfügung stand. Der Gemeinderat hat sich letzten Endes auf eine verkleinerte Form vor der Evang. Kirche geeinigt. Die Hoffnung ist, dass die Vereine, die erhebliche

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Einnahmen erzielen in den 3 Tagen, dadurch weniger Konkurrenz durch kommerzielle Anbieter haben sowie bei der verkleinerten Version vorm Rathaus und die Kosten für die Aufbauarbeit durch den Bauhof gesenkt werden.

Seefeld

Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich des Wörthseeufers

Die in der Dezember-Sitzung beschlossenen Änderungen der Bebauungspläne Wörthseeufer Nord und Süd, mit denen eine nennenswerte Ausweitung der Bebauung verhindert werden soll, erfordern auch eine Änderung des Flächennutzungsplans, damit er wieder mit der Realität übereinstimmt. In der Folge muss wohl auch in Teilbereichen eine Herausnahme aus dem Landschaftsschutz beantragt werden. Der gebilligte Plan geht jetzt in die öffentliche Auslegung.

Einbeziehungssatzung "Hochstadter Straße" in Unering

Die Gemeinde hatte den Antrag des Bauherrn genehmigt, das vorhandene Haus zu sanieren und zu erweitern. Das Landratsamt vertritt jedoch die Ansicht, dass damit in den Außenbereich eingegriffen wird. Die beschlossene Satzung dient der Ortsabrundung und ermöglicht jetzt das Bauvorhaben. Es ist auffallend, welcher bürokratische Aufwand für einen derartigen Bagatellfall betrieben werden muss.

Errichtung von PV-Anlagen auf den Dächern des Bauhofs und des Feuerwehrhauses in Oberalting

Auf Anregung des Umweltausschusses sollte geklärt werden, in welchem Umfang Photovoltaik auf den Dächern möglich ist und ob in Anbetracht der Finanzsituation der Gemeinde diese selbst investieren oder die Flächen z. B. an die Energiegenossenschaft verpachten soll. Leider lag noch keine aussagekräftige Wirtschaftlichkeitsberechnung vor, zudem fehlte die Aussage des Statikers über die Belastbarkeit dieser Dächer. Die erforderlichen Informationen werden jetzt eingeholt und aufbereitet.

Starnberg

Haupt- und Finanzausschuss

Bericht über die Spenden der Stadt, welche leider um 50% eingebrochen sind. Die Nutzung der Freischankfläche ist nun seit dem 01.01.2024 wieder kostenpflichtig. Die pandemiebedingten Vergünstigungen wurden gestrichen. Im Hinblick auf die Haushaltssituation muss mit einer Erhöhung der Gebühren gerechnet werden (aktuell 2,50 € pro m² Freischankfläche).

Bauausschuss

Die Vergrößerung des REWE Marktes an der Gautinger Straße wurde genehmigt. Warum von einer Gruppierung Einwände gegen das „zu kleine“ Bauvorhaben ohne Aufstockung vorgebracht wurden, erschließt sich nicht. Man kann einen Bauherren / Eigentümer nicht zwingen mehr zu bauen als dieser will. Eine vorgebrachte Wohnbebauung in dieser Umgebung schließt sich schon aufgrund der Immissionsvorschriften (Lärmschutz) aus.

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Für einige Grundstücke in der Entwicklung am Oberfeld wurde formal eine Lärmschutzwand direkt an der Bahnlinie genehmigt.

Stadtrat

Der erste Stadtrat 2024 hat an Intensivität, Dauer und auch Emotionalität Maßstäbe gesetzt.

Die Rechnungsprüfung 2022 wurde intensiv, aber mit sehr viel Lob für die Verwaltung bestätigt, der Bürgermeister einstimmig entlastet.

Landrat Stefan Frey hat die möglichen Auswirkungen einer Krankenhausreform des Bundes aus seinen Augen geschildert. Der Stadtrat hat für zukünftige Pläne und Erweiterungen des Starnberger Klinikums seine Bereitschaft und seinen Willen einstimmig ausgedrückt.

Ausführlich diskutiert wurde eine Beteiligung der Stadt Starnberg in Höhe von 5.000,- EUR an dem Kommunalunternehmen 17er Oberland, welche doch fast einstimmig beschlossen wurde.

Die Änderungen am Flächennutzungsplan und der Beschluss des Rahmenplanes für das Gebiet nördlich der B2 in Starnberg (Moosaik) waren quasi formale Routine. Die Auswirkungen sind sicher genauso gravierend wie die beschlossene neue Planung für das Gewerbegebiet Schorn!

Schorn! Zankapfel und Aufreger seit Beginn der Planung vor fast 10 Jahren. Auch das ist leider ein deutliches Beispiel für unsere überbordende und lähmende Bürokratie. Vor 10 Jahren von der damaligen Bürgermeisterin als neues großes Projekt vorgestellt, von der FDP immer als zwingend notwendiger Entwicklungsschritt (wenn auch kleiner) erachtet und unterstützt. Nach verschiedenen Änderungen wurde nun die neue deutlich verkleinerte Planung vorgestellt. Es sollen nun ca. 20 ha Fläche als neues Gewerbegebiet entstehen. Die Ausgleichsflächen sollen einer Planung von 40 ha Fläche entsprechen.

Der Antrag zum Grundsatzbeschluss zur weiteren detaillierten Planung wurde mit 16:13 (inkl. einer anwesenden FDP-) Stimmen angenommen! Angesichts unserer Haushaltslage und der allgemeinen Wirtschaftslage muss dennoch die Frage gestellt werden, wieso gegen ein solches Vorhaben gestimmt werden kann. Der Flächenverbrauch? Starnberg hat seit 50 Jahren kein Gewerbegebiet mehr ausgewiesen. Die Entwicklung der Wirtschaft ins Digitale? Wer soll denn noch produzieren, was machen unsere lokalen Gewerke und Firmen die wirklich etwas herstellen?

Wie viele Firmen haben wir denn bereits an Gemeinden im Landkreis oder gar noch weiter verloren, weil es keine Entwicklungsmöglichkeiten gibt? Z. B. Baasel Laser, Torqeedo und andere. Die FDP stand und steht konsequent hinter dem Gewerbegebiet Schorn! Nur wenn wir für die Zukunft für Gewerbetreibende und Firmen attraktiv und zukunftsfähig sind, können wir bestehen.

Die Forderungen nach sogenannten freiwilligen Leistungen der Stadt nach reduzierten Kita / Kindergartengebühren, einem öffentlichen Schwimmbad, Bücherei, Musikschule, Museum und weitere sind nicht mehr finanzierbar! Nur wenn wir auch neue Einnahmequellen in Form von Gewerbesteuererträgen generieren, wird es ein lebenswertes Starnberg geben.